

Die „Vorhänge“ erhalten morgens und nachmittags, Samstag und Sonntag nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbestellung werden sämtliche Postgebühren beizufügen. Unter Drucklegung des Deutschen Reiches, Österreich, Ungarn, Dänig, das Saab u. Mittelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 10 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 60.

Die schlagzeilige Kopiermaschine über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Klein-Kopierer: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Kopierer laut Fach-Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Kopierer laut Fach-Familien-Kopierer und Stellen-Anzeige 1,50 M., wenn zwei Zeilen. Stellen-Anzeige in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# GTREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Vor dem Friedensschluß mit Amerika

#### Die Ratifikation gesichert

Nach Meldungen aus Washington hat das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten seinem Vertreter in Berlin, Dreßel, außerordentliche Vollmachten für die Fertigstellung des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Amerika erteilt. Der Herr Dreßel übermittelte Vertrag behält den Vereinigten Staaten alle Rechte als siegreiche Macht vor, ohne sie in rein europäischen Angelegenheiten, wie die Bestimmung der Grenzen, zu engagieren. Die Ratifikation der Verträge durch den amerikanischen Senat ist gesichert, nachdem der Entwurf des Präsidenten Harding die Zustimmung auch der demokratischen Führer im Senat gefunden hat. Es wird erklärt, daß dieses Vorgehen Amerikas von den Entente-Staaten gebilligt wird. Jeder neue Bezug im Abschluß dieses Friedensvertrages mit Deutschland dürfte nur von Deutschland selbst kommen, und das wird für durchaus unwahrscheinlich gehalten.

Zu diesen Meldungen wird halbamtlich noch mitgeteilt, daß der deutsche Reichskanzler mit den Vertretern der Regierungsparteien bereits die Grundlagen für den Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten besprochen und deren Zustimmung erhalten habe. Um jedoch eine breitere Basis zu schaffen, habe Dr. Wirth auch mit den Oppositionsparteien Fühlung genommen. Es bestehe die begründete Hoffnung, daß diese Parteien den Vorschlägen der Regierung für den Vertrag bei der Unterbreitung im Plenum des Reichstages mit wohlwollender Neutralität beizutreten würden. Der auswärtige Ausschuß wird nicht besonders zusammenzutreten, sondern nach diesen Vorberhandlungen mit den Parteien wird der Entwurf der Regierung direkt dem Plenum des Reichstages vorgelegt werden, nachdem aus Washington die anscheinend bestimmt zu erwartende Zustimmung eingetroffen ist. Der Zusammentritt des Reichstages sei nicht wegen der Steuergesetze, sondern wegen der noch schwebenden Verhandlungen mit Amerika vertagt worden. Zur genaueren Orientierung der Parteien über alle wirtschaftlichen Einzelheiten des Sonderfriedens mit Amerika habe der Reichskanzler zu den Besprechungen namhafte Wirtschaftspolitiker und Persönlichkeiten aus Industrie und Handel zugelassen. Die Regierung erwartet auch von den rechtsstehenden Parteien, daß sie sich einer wohlwollenden Neutralität befleißigen würden, weil bestimmt damit zu rechnen sei, daß entgegen den amerikanischen Meldungen die amerikanische Regierung in dem Vertrage die Frage der Schuld am Kriege nicht zu berühren gedenke.

Dem Sonderfriedensvertrag mit den Vereinigten Staaten wird der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Amerika folgen. Es soll darin auch die Frage der in Amerika beschlagnahmten deutschen Guthaben geregelt werden, so daß zu erwarten ist, daß diese Guthaben, die mit etwa 2 Mil-

liarden Goldmark berechnet werden, für die Reparationszahlungen nutzbar gemacht werden können. Voraussichtlich werden zunächst Geschäftsträger mit besonderen Vollmachten bei den beiden Regierungen ernannt; gleichzeitig werden besondere Handelsmissionen die Vorbereitung und Ausführung des Handelsvertrages übernehmen. Nach dem „Totalanzeiger“ sind Bemühungen im Gange, um den Generaldirektor der Japag, Cuno, zu bewegen, den deutschen Votschasterposten in Washington zu übernehmen. Cuno erfreue sich in den Vereinigten Staaten eines großen Ansehens, dem er es auch zu danken habe, daß die von ihm geleiteten Verhandlungen zwischen der Japag und dem Ratiman-Kongress zum günstigen Abschluß gelangt seien. Es sei aber fraglich, ob er sich zur Annahme des Postens entschließen werde. Es ist weiter anzunehmen, daß der bisherige Geschäftsträger der Vereinigten Staaten, Dreßel, nach Amerika zurückkehren wird, da er noch unter dem Regime Wilson für den Berliner Posten bestimmt wurde.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus wird man es nur begrüßen können, daß der formelle Friedensschluß mit den Vereinigten Staaten endgültig vollzogen wird, und daß auch durch einen Handelsvertrag die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika endgültig geregelt werden. Es ist kaum anzunehmen, daß der Abschluß des Vertrages im Reichstag auf Widerstand stoßen wird.

#### Die Resolution Knox-Porter

Das Wesentliche aus der Friedensresolution Knox-Porter, die die die Grundlage für den Vertrag zwischen Deutschland und Amerika bildet, ist das folgende: Zuerst wird der Kriegszustand für beendet erklärt. Diese Erklärung erhält den Vereinigten Staaten und ihren Angehörigen ausdrücklich vor, alle Rechte, Privilegien, Indemnitätsansprüche oder Vorteile zugleich mit allen Rechten zu ihrer Durchsetzung, zu denen die Vereinigten Staaten oder ihre Angehörigen gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 oder irgendeiner Erweiterung oder Abänderung desselben berechtigt sind. Ebenso behält die Erklärung den Vereinigten Staaten vor, alle Rechte, die den Vereinigten Staaten durch die Teilnahme am Krieg zustehen, oder die sie durch den Vertrag von Versailles zu ihrem Nutzen erwerben. Weiter behält die Erklärung alle Rechte usw. vor, die die Vereinigten Staaten als eine der hauptsächlichsten alliierten und verbündeten Mächte erwerben oder endlich Rechte usw., auf die sie durch Verfügungen des Parlamentes Anspruch haben.

Alles Eigentum der Deutschen Regierung, das seit 6. April 1917 im Besitz oder der Kontrolle der Vereinigten Staaten gekommen ist, wird durch das Schatzamt der Vereinigten Staaten einbehalten. Verfügt wird darüber nur gemäß amerikanischen Gesetz bis die Deutsche Regierung für Befriedigung aller amerikanischen Ansprüche Sorge getragen hat. Ebenso hat vorher die Deutsche Regierung den Vereinigten Staaten das Weisheitsrecht bezüglich Handelsverträge und Befreiungen zu gewähren. Ferner hat die Deutsche Regierung auf alle Geldansprüche an die Vereinigten Staaten zu verzichten.

### Vor einem neuen Blutbad

Ein Vorstoß Horthys

Budapest, 21. August.

Das offizielle ungarische Korrespondenzbureau meldet aus Szegedin, daß eine Abteilung ungarischer Gendarmerie und Polizeitruppen am Sonntag, 5 Uhr morgens, die Demarkationslinie überschritten und um 6 Uhr in Kis-Samberg einrückten. Aus Raposvar meldet die gleiche Stelle, daß ungarische Truppen das Szegedindreieck besetzt haben. In Baja hat eine Abteilung ungarischer Truppen die dortigen Schienen- und Kanalanlagen übernommen. In dem von den Serben bisher besetzt gehaltenen Somogyer Komitat sind ungarische Truppen eingezogen, ebenso in Barcs und Szigetvar. In Kánsziken ist gestern abend ungarische Gendarmerie eingedrückt um dort die Verwaltungsorgane zu unterstützen die nach dreijähriger Abwesenheit dort ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben.

Belgrad, 20. August.

Die Räumung Fünfkirchens hat heute begonnen. Die Bevölkerung wartet in großen Massen auf die Ueberführung nach Jugoslawien. Ueber 1000 Personen sind bereits abgereist. Die jugoslawischen Behörden werden das Gebiet von Fünfkirchen am 22. d. M. übergeben.

#### Selbst den Brüdern in Baranya!

Die der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien angeschlossene ungarische Emigranten-Gruppe „Kilgossan“ verkennt den folgenden Aufruf, der angesichts der begonnenen Besetzung Fünfkirchens durch Horthy-Truppen und der unmittelbaren Gefahr eines neuen Blutbades besondere Bedeutung gewinnt:

Jugoslawische Truppen halten seit bald drei Jahren das Kohlengebiet von Fünfkirchen (Komitat Baranya), das im Friedensvertrage von Trianon Ungarn zugesprochen wurde, besetzt. Während die jugoslawische Regierung in ihrem Staate eine Schreckensherrschaft eingeführt hat, die sich kaum von dem Horthy-System unterscheidet, hat sie in diesem besetzten Gebiet die Verwaltung auf der Grundlage demokratischer Prinzipien eingerichtet und sie in die Hände der Vertreter der Arbeiter, Bauern und der demokratischen Bürger gelegt. Sie hat es nicht aus Achtung vor den Grundgesetzen, die diese Regierung im eigenen Staate mit Fühnen tritt, getan, sondern weil sie der Kohle der Bergwerke von Fünfkirchen bedarf und sie einsah, daß die Vorbereitung der Aufrechterhaltung und Intensivierung der Produktion die Achtung der Rechte der werktätigen Bevölkerung ist. Die Arbeiter dieses Gebietes, fast 8000 Bergarbeiter und eine proletarische Bevölkerung anderer Beschäftigungsgruppen, deren Zahl 30 000 übersteigt, waren nur von einem Wunsche besetzt: ihrer Arbeit nachgehen zu können und nicht an Ungarn angegliedert zu werden, solange dort der Galgen der Konterrevolution, mit dem Horthy'schen Kreuze geschmückt, herrscht. Alle Nachrichten der Horthypropaganda, wonach in Baranya der offene oder verkappte Bolschewismus herrsche, sind eitel Lüge: das Gebiet von Baranya ist eine kleine demokratische Republik, eine aus der Sintflut des Horthysmus herausragende Insel der ungarischen Konterrevolution, die durch ihre bloße Existenz, ihr Beispiel, eine feste Gefährdung der Regierung des Galgens in Horthyungarn ist.

Dieses Gebiet soll nun auf Geheiß der Ententemächte geräumt, das heißt horthyisiert werden. Der britische Oberst Gosset, der im Auftrage der Ententemächte in Fünfkirchen erschienen ist, erklärte, entsprechend einer Aeußerung des ungarischen Ministers des Innern, Grafen Banffy, daß die ungarische Regierung eine „Liste der extremen Sozialisten“ angefertigt habe. Wer das Koalitionsrecht fordert, wer für die politischen Grundrechte eintritt, wer republikanische Ueberzeugung hegt, der ist in dem Augen der Horthyisten ein „extremes Sozialist“ und von der Liste des Grafen Banffy zum Galgen oder in die Tiefen der Donau und in die Kerker des weißen Schreckens führt nur ein kurzer Weg. Das Regime, dem die Bergarbeiter Fünfkirchens unterworfen werden sollen, ist eine Sozialpolitik der Prügeln und des militärischen Anbindens, ist die Hörigkeit, die Aufhebung der Freizügigkeit. Dies wurde in der ungarischen Nationalversammlung vom 14. August 1921 in der Interpellation des weißgardistischen Abgeordneten Verlaky offen zugegeben und die Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf über die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in Ungarn ist trotz aller konservativen Gesinnung dieses Amtes zum Schlusse gekommen, daß die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter insbesondere mit den sich auf das Koalitionsrecht der Arbeiter beziehenden Bestimmungen des Friedensvertrages in dem trassiesten Widerspruch steht.

Das Proletariat von Fünfkirchen ist entschlossen, den Einzug der Horthytruppen mit den Waffen abzuwehren. Zum Protest gegen den beabsichtigten Einzug der weißen Garben wurde in dem ganzen Kohlengebiet der Generalkrieg erklärt. Fünftausend Arbeiterfamilien

## Der Internationale Gewerkschaftsbund an die Arbeiter aller Länder!

### Arbeitsgenossen!

Kugefichts des Unglücks, von dem das russische Volk betroffen wird, wendet sich der Internationale Gewerkschaftsbund mit diesem dringenden Aufruf an euch. Der I. G. B., der die internationale Macht der Arbeiterklasse darstellt, hat unter solchen erschütternden Umständen die Pflicht, die Solidarität der Proletarier aller Länder zu verwirklichen. Dem Hilferuf der russischen Arbeiter und Bauern müssen die Arbeiter der übrigen Welt als erste antworten.

Der I. G. B., als das natürliche Bindeglied der Arbeiterkräfte der ganzen Welt, wendet sich an alle Schaffenden, ohne Rücksicht auf Partei- und Meinungsunterschiede, in der Ueberzeugung, daß alle diesem Hilferuf folgen werden.

In voller Würdigung der ihm obliegenden Mission vermeidet es der I. G. B., jetzt die politischen Ursachen des Unglücks zu untersuchen, das Rußland betroffen hat. Eine dringende Pflicht ruft ihn; er stellt sich unverzüglich zur Verfügung.

Mit Worten jedoch können die von Hunger, Pest oder Cholera bedrohten Millionen menschlicher Wesen, kann das Leben der vielen Millionen gefährdeter Kinder nicht gerettet werden. Dazu bedarf es praktischer Taten.

Zu solchen Taten der Solidarität ruft euch der I. G. B. auf!

Die menschliche Pflicht eines jeden ist dabei klar vorgezeichnet: Ein jeder muß sein Teil beitragen in dem Kampfe gegen die Verhungern, gegen den Mangel, gegen die Frauen und Kinder tödenden Hunger!

Die Bemühungen des einzelnen Mannes in diesem Kampfe nichts ausrichten; einheitlich vom I. G. B. durchgeführte Anstrengungen dagegen vermögen schon wesentlich zur Vinderung der Not beizutragen.

Wenn die Arbeiterklasse aller Länder gegenüber diesem großen Notstand nicht ihre volle Pflicht, ja mehr als ihre Pflicht erfüllt, so würde sie sich der hohen Aufgabe unwürdig erweisen, die ihr die Geschichte vorgezeichnet hat; die Befreiung der Arbeit.

Die Macht der Arbeiterschaft beruht auf der praktischen Anwendung des Grundgesetzes der gegenseitigen Hilfe. Nie war diese Pflicht so heilig und dringend wie im gegenwärtigen Zeitpunkt.

Keiner, sei es Mann oder Frau und ganz gleich, auf welchem Gebiete sie tätig sind, darf sich der Bürde entziehen, welche die Leidenden des russischen Volkes für einen jeden bedeutet.

Es gilt, rasch zu handeln. Jeder verlorene Tag bedeutet weitere Tausende von gequälten Menschenleben.

Die gewerkschaftliche Internationale, das Sinnbild der Völkerverbrüderung, in praktischer Besorgung des proletarischen Wahrspruches: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! fordert euch auf, das russische Proletariat, das sich in Todesgefahr befindet, aus seiner Lage zu erretten.

Arbeiter aller Länder, ihr werdet nicht zögern, sondern euch sofort und reiflich dem Hilfswerke zur Verfügung stellen.

Besteht unverzüglich und regelmäßig euren Beitrag an eure gewerkschaftlichen Organisationen, die allein berufen sind, Mittel für diesen Zweck in Empfang zu nehmen und an den I. G. B. weiterzuleiten. Von diesen sind daher schon Einrichtungen geschaffen worden, die eine wirksame und fortdauernde Unterstützungsfaktion ermöglichen sollen. Von ihnen auch werden die weiteren Einzelheiten bekanntgemacht werden.

Arbeitsgenossen, helft kräftig, diesem Hilfswerke für unsere leidenden russischen Mitbrüder den vollen Erfolg zu sichern. Auf eure Arbeitskameraden zur Mitarbeit auf, ganz gleich, welcher Richtung sie angehören, damit niemand sich seiner Menschenpflicht entziehe.

L. Jouhaux (Frankreich) 1. Vize-Vorsitzender, E. Mertens (Belgien) 2. Vize-Vorsitzender, Edo Jimmen und J. Dudgeest (Holland) Sekretäre.

reffen die Vorbereitungen zur Abwanderung und den Einflüsterungen zur Zerstörung der Bergwerke und auch anderer Produktionsmittel wird in der begreiflichen Erregung nur allzu leicht Gehör gefunden.

In dieser verzweifeltsten Lage rufen wir, die wir mit diesem operntumigen Proletariat durch die Bande gemeinsamer Kämpfe verbunden sind, den Proletariern aller Länder zu, sie mögen ihre Stimme erheben und gegen die Horthysierung dieses Gebietes protestieren. Aber vor allem wenden wir uns an die proletarischen Vertreter in den Parlamenten der Länder, sowohl der großen wie der kleinen Entente, sie mögen in dieser entscheidlichen Stunde den mit Galgen bedrohten ungarischen Arbeitern beistehen, indem sie von ihren Regierungen fordern, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon nicht nur in jenen Teilen durchgeführt werden, die Horthy günstig sind, sondern daß vor der Intraffschung dieser Bestimmungen den auf die vollständige Amnestie und auf den Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages Geltung verschafft werde. Der Friedensvertrag von Trianon besagt, daß niemand wegen seiner seit dem 28. Juli 1914 bekundeten politischen Haltung bestraft werden darf und daß das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Internationalen Arbeiterschutzgesetze (8-Stundentag, Freizügigkeit) den Arbeitern nicht vorenthalten werden dürfen. Oberst Gossiet erklärte in Jünfstrahen, daß die Listen fertig sind, auf denen alle stehen, mit deren politischen Haltung die ungarische Konterrevolution unzufrieden ist. Wir möchten durch die Vermittlung der britischen Arbeiterabgeordneten die britische Regierung fragen: sind die von den Steuern der britischen Proletarier bezahlten Diplomaten und Soldaten dazu da, um den weißen Henkern behilflich zu sein, Arbeiter an den Galgen zu bringen? Wir möchten die Bergarbeitervertreter in allen Parlamenten fragen: ist es die Aufgabe der Ententeregierungen und ihrer diplomatischen und militärischen Vertreter, einen Zustand zu schaffen, wo Bergarbeiter geprügelt, angebanden, ihrer Freizügigkeit und ihres Koalitionsrechtes beraubt und der seigesten und borniertesten Militärdiktatur ausgeliefert werden? Dies ist das Werk, das die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens mit wunderbarem Eifer betreiben und die treibende Kraft darin ist der britische Gesandte in Budapest, L. B. Hohler, der Freund nicht nur des Herrn, sondern sogar des Hauses Horthy.

Das Gebiet von Baranya gehört sowohl dem Friedensvertrag gemäß, als auch nach seiner nationalen und wirtschaftlichen Struktur zu Ungarn, aber zu einem Ungarn, das die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt, das Westungarn geräumt, seine Armee entwaflnet, eine vollständige politische Amnestie gewährt und die Arbeiterschutzgesetze in Kraft zu setzen hat. Dazu ist das Ungarn Horthys weder fähig, noch ist es willens. Die Verlängerung der jugoslawischen Besetzung oder die Verwaltung durch eine interalliierte Kommission, bis zu dem Eintritt dieser Wendung in Ungarn, bildet die Forderung des Proletariats der besetzten Gebiete.

Proletarische Vertreter in allen Parlamenten, an euch ist es, diese gemäßigten, gerechten, mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Einklang stehenden Forderungen euren Regierungen ungehört vorzulegen, auf ihre Erfüllung zu drängen und auf diese Weise alles anzubieten, auf daß den Henkern Horthys nicht wieder ungezählte neue Opfer durch die Hilfe der Ententemächte zugetrieben werden.

Gustav Heller, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags, ist heute vormittag an den Folgen einer Operation gestorben. Heller wurde 1878 in Stuttgart geboren, war von Beruf Metallarbeiter, zuletzt Sekretär der S. P. D. in Berlin. 1918 wurde er Mitglied des Zentralrats, dem er bis zu dessen Auflösung angehörte.

Herabsetzung des Brotpreises in Frankreich. Der Preis für 1 Kilogramm Brot ist auf 1.10 Francs (bisher 1.20 Francs) herabgesetzt worden.

## Schuld und Mitschuld

H. v. Gerlach veröffentlicht in der „Welt am Montag“ einen Artikel über die Lubendorff-Legende. Die Schuld dieses Fiedomebels in gehobener Stellung an der endlosen Ausdehnung des Massenmordens und damit am Unglück des deutschen arbeitenden Volkes und zugleich die Mitschuld der Parteien und Regierungen der Kriegszeit können nicht oft genug dargestellt werden. Wie schwer belastet die letzten sind, die sich tat- und rätlos vor Bahndeeen des Säbelmenschen beugten, ergibt sich aus der Einleitung zu Gerlachs Artikel, worin er folgendes berichtet:

„Es war im Jahre 1917. In einem gastfreien Hause des Berliner Westens saßen eine Anzahl führender Parlamentarier und Journalisten der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie zusammen. Der Hausherr hatte sie zusammengebeten, um den Versuch zu machen, durch gemeinsame Aussprache eine Verständigung über die Schuldfrage herbeizuführen.“

Der Versuch scheiterte. Er wurde von den Vertretern meiner Richtung als zwecklos aufgegeben, als der maßgebende Sozialdemokrat erklärte: „Ich habe die Überzeugung, daß die russische Regierung den Mord von Serajewo veranlaßt hat.“

Aber je weniger sich über die Vergangenheit Einverständnis erzielen ließ, um so größer war die Einmütigkeit in der Beurteilung der Gegenwart.

„Lubendorff ist der böse Geist Deutschlands“, sagte derselbe Sozialdemokrat, der so leidenschaftlich für die Unschuld der deutschen Regierung von 1914 plädierte. Einzig stimmten ihm die übrigen sozialdemokratischen und fortschrittlichen Parlamentarier bei und belegten ihr Urteil mit überwältigendem Material. Warum lagen Sie das nicht im Reichstag?“ warf ich ein. „Der wenigstens in den geheimen Sitzungen des Hauptauschusses?“

„Das geht nicht, der Mann ist zu mächtig. Er hat alle Gewalt in Deutschland auf sich vereinigt. Und vor allem: das Volk glaubt an ihn.“

So lichen die, die allein in dem jenseitigen Reichstag gegen das Uebel sich hätten erheben können, resigniert den „bösen Geist“ weiter seine Allmacht ausüben, bemilligten unentwegt Kriegskredite und machten nicht einmal den Versuch, die Zivilmacht gegen die Militärgewalt auszuspielen, ehe diese uns ganz ruiniert hätte.“

Diese Darstellung des Augenzeugen Gerlach ist weder in Zweifel zu ziehen, noch ist ihr wesentliches hinzu zufügen.

Gerlach wendet sich sodann der Königsberger Doktor-Grotesque zu und gibt schließlich noch einmal eine zusammenfassende Darstellung der plumpen Einmischungen Lubendorffs in die Politik und der sündhaften Nachgiebigkeit der Regierung und des Reichstags gegenüber diesen Anmaßungen. Er schreibt darauf:

„Nicht Wilson, nicht Lloyd George, nicht Clemenceau sind die eigentlichen Schuldigen am Versailler Frieden. Sie sind nur Mitschuldige. Der Hauptschuldige ist Lubendorff.“

Natürlich hat er geglaubt, seinem Volke zu dienen, als er den Verständigungsfrieden vorbereitete und den Annerionsfrieden erreichte. Schuldiger als er sind Reichstag und Regierung, die es duldeten, daß die deutsche Politik von einem General unter ausschließlich militärischen Gesichtspunkten gemacht wurde.“

Von Lubendorff fordert er, daß er wenigstens jetzt „in Selbsterkenntnis schweigen“ möge, eine Forderung, die genügen würde, wenn Aussicht auf Erfüllung bestünde. Wir haben in dieser Beziehung jedoch wenig Hoffnung und müssen uns daher immer wieder an die Volksmassen wenden mit der Aufforderung, den Bankrotteuren das Maul zu stopfen.

## Berkappte Orgesch

Wolffs Bureau versendet den folgenden, sehr unangenehm nach Polizeiinjiziosität schmeckenden Bericht aus Magdeburg:

„Als der Verein „Stahlhelm“ in Großsalza bei Schönebeck an der Elbe heute seine Fahnenweihe begehen wollte, zu der viele auswärtige Ortsgruppen und Militärvereine erschienen waren, drang ein großer Demonstrationzug mit roten Fahnen und Propagandaschildern in das Festlokal, zertürmerte das Inventar und riß die schwarzweißroten Fahnen herab. Als man den Eindringlingen den Eintritt verwehren wollte, fielen Schüsse, wodurch eine Frau schwer und mehrere Personen leicht verletzt wurden. Von welcher Seite die Schüsse fielen, ist noch nicht festgestellt. Auf der Straße rissen die Demonstranten

lauchen des unrichtigen Menschen anhebt. Immer muß einer kommen, der ganz unrichtig erscheint, der aus einem Kalenderfesttag einen Menschenfesttag zu machen weiß, den der Schmerz des anderen nicht schlafen läßt, der die Welt abschreiet, so weit ihn die Beine tragen, und Haus um Haus für die Sache seines Bruders bestimmt, der einen neuen, unerhörten Lebenszins fordert: die Teilnahme an der Zeit!

Und durch alle Ewigkeiten bleibt es so: die richtigen Menschen kümmern sich ihr Leben nicht um das Haupt ihres Bruders. Die richtigen Menschen irren keine Nacht lang ruhelos sumher. Von den richtigen Menschen kommt keine Raube und kein Aufruhr, kein wackender Schritt, kein erschreckender Schlag. Ihre Häuser werden anders erworben, als durch Zettel mit ungelenten Zügen. Der richtige Mensch läßt die Welt, wie sie ist. Der richtige Mensch ist Domprobst oder Konfessoriat. Die Sendboten der Zukunft aber sind die unrichtigen Menschen. Je mehr ihrer leben, um so mehr Recht wird auf Erden lebendig!

## „Für die Welt arbeiten!“

Das war Karl Marx' Lieblingswort. Wenn er sein Leben in eine Formel fassen wollte, wenn es galt, sich selber Mut zu machen und den anderen Kraft ins Herz zu gießen, da rief er seinen Kampfspruch aus: Hell und scharf mögen dann seine Augen geklammert haben.

Für die Welt arbeiten! Das Wort rüttelt und weckt. Jeder Sozialist sollte es kennen. Es ist das beste Gebot. Es offenbart unseren innersten Willen, unser ganzes Schaffen. Für die Welt arbeitet jeder von uns. Ob wir mächtige Gewerkschaften bilden und bauen, ob wir politisches Wissen in die Masse tragen, ob wir Genossenschaften gründen und großziehen, ob wir ganze Länder in die Lichtmächte unserer Bildungsarbeit bringen — wir arbeiten für die Welt. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne — sie bringen Ruhe, Gesundheit und Lebensfreude ins Volk. Gemeinshaftsgesühl, Selbstbewußtsein, Bildungsstreben, alles, was die moderne Arbeiterschaft auszeichnet, was sie selber in sich weckt — es ist Arbeit für die Welt.

Aber dieserseits erschürst Margens Leitspruch noch: er erinnert an alle, die nicht für die Welt arbeiten, an jene, die die anderen für die Welt arbeiten lassen, und an jene, die nur für sich arbeiten. Ihre Stunde hat bald ausgeklungen. Mächtig und immer mächtiger wächst unser Heer. Mehr, immer mehr werden ihrer, die mit Herz und Hirn daran sind, alle Arbeit zu einer Arbeit für die ganze Welt zu machen, alle Freude zu einer Freude für die ganze Welt, alle Betätigung zu einer Betätigung für jeden. Laßt uns nur regsam sein, halten wir nur fest an unseren Zielen und wir schaffen die Zeit, da jedermann seine Bestimmung und sein Glück darin sieht: für die Welt zu arbeiten!

die Girlanden herunter und zwangen die Einwohner, die schwarzweißroten Fahnen einzuziehen. Berittener Polizei gelang es, die Ordnung wieder herzustellen.“

Ob es sich wirklich so zugetragen hat, ist zweifelhaft. Aber wenn es wahr ist, so ist die Erregung der Massen über das herausfordernde Treiben der mehr oder minder maskiert auftretenden bewaffneten Reaktion, aus der ein solcher Akt nur entstehen kann, nicht nur sehr gut zu verstehen, sondern auch nicht einmal zu beklagen. Der Verein „Stahlhelm“ ist eine jener zahlreichen und immer noch weit verbreiteten Ueberreste der militaristischen Selbstschutzorganisationen aus der Vorkriegszeit, die unter das Verbot dieser Verbände fallen und sich nur darum nach Herzenslust betätigen können, weil die Regierungsorgane so tun, als wüßten sie nichts von ihrer Existenz und von ihrem Charakter. Vielleicht ist diese Selbsthilfe der Demonstranten gegen die schleichende Ortschaft ein Mittel, um die sanft schämehenden oder mit den Rekrutenschulen der Weißgardisten sympathisierenden Regierungsstellen auf diesen gesetzwidrigen Betrieb aufmerksam zu machen.

## Eine deutsche Goldzahlung

EE. London, 22. August.

Der „Times“-Korrespondent in New York meldet, daß Deutschland bei der Bank J. P. Morgan 12 Millionen Goldmark hinterlegte, die dem Kredit der Bank of England für die Reparationszahlungen zugeführt werden. Der Korrespondent knüpft hieran die Bemerkung, es sei das erste Mal, daß die deutsche Regierung einer alliierten Macht eine Goldzahlung übermittle.

## Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich

Solidaritätsstreik der Transportarbeiter

EE. Lille, 22. August.

Der Streik der Textilarbeiter in Tourcoing und Roubaix hat bisher keine Veränderung erlitten. Für heute werden große Demonstrationsversammlungen in Tourcoing, Roubaix und Lannoy erwartet. Gestern fand in Lille eine große Versammlung statt. Es wurde die Solidarität der Transportarbeiter mit den Textilarbeitern proklamiert.

Nach neueren Meldungen haben die Transportarbeiter in Roubaix bereits beschlossen, in den Solidaritätsstreik zu treten.

Die Bergarbeiter im Ailler Revier sind in einen Abwehrstreik gegen die Herabsetzung ihrer Löhne eingetreten.

Deutschnationale Vattationsmethoden. Wegen Beleidigung des früheren Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsministers Otto Braun wurde am Sonnabend der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Willy Adernann, von der 12. Zivilkammer des Landgerichts I zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Blatt hatte die Aufhebung des Landesökonomikollégiums dazu benutzt, um gegen Braun den Vorwurf zu erheben, daß er dadurch seine Taschen gefüllt habe, daß er sich doppelte Aufwandsentschädigungen, zugleich als Landwirtschaftsminister und als Ministerpräsident, habe geben lassen. Es wurde festgestellt, daß Braun seine Befugnisse nicht überschritten hat. Der beklagte Redakteur entschuldigte sich vor Gericht damit, daß er den früheren Ministerpräsidenten nicht persönlich treffen wollte. Aus dem Inhalt des Artikels geht aber hervor, daß das agrarische Blatt dem Minister eine ehrlose Handlung vorgeworfen hat. Herr Adernann ist also vergleichsweise noch gut weggekommen.

Präfektenshub in Italien. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus Rom nahm die Regierung, um die Durchführung des Programms der Unterdrückung politischer Gewalttaten zu sichern, einen großen Präfektenshub vor. 25 Präfekturen, also ein volles Drittel der Gesamtzahl, wurden neu besetzt, darunter fast alle Präfekturen in Toskana, Romagna und Venetien, dem Schauplatz der Sozialkämpfe.

Belgien hat Kohle für 250 Jahre. Vor dem Kriege hat man den Kohlenhalt der nordbelgischen Bergwerke im allgemeinen auf 8 Milliarden Tonnen geschätzt. Zurzeit beträgt die jährliche Förderung 25 Millionen Tonnen. Aber, angenommen, die Förderung würde in den folgenden Jahren auf 40 Millionen Tonnen jährlich steigen, dann könnte Belgien doch immer noch 250 Jahre lang von seines eigenen Kohle leben.

## Die hundert Augenblicke

Von Josef Quispold, Wien

### Unrichtige Menschen

Es war am Pfingstmontag des Jahres 1525, da kam frühmorgens ein Bauer nach Salzburg. Unter seinen Schritten klangen die Gassen gar lellsam auf. Seine Wangen waren bleich, seine Augen stammten. Er schritt vorerst einmal durch die ganze Stadt, so, als wollte er sich ihre Größe nochmals leidhaftig vor Augen führen. Sonderbaren Hall weckte sein Tritt, daß davon mancher Hofrat und mancher Domherr erwachte. Von Haus zu Haus schritt er, und an jedes schlug er einen Zettel, darauf mit ungelenten, drohend großen Lettern zu lesen stand:

Dies Haus ist mein,  
so lang und so viel,  
bis daß der unschuldige Tod  
meines Bruders wird geworden sein.

So begann der Salzburger Bauernkrieg. Der Zettelanschläger hieß Stöckl aus Bramberg. Sein Vorname ist unbekannt. Man weiß nur, daß er der Bruder des jungen Hans Stöckl war, jenes Bramberger Bauern, der einen Präbikanten den Ganghütern der Erzbischoflichen entriß und darob enthauptet worden war. Seit damals irrte der Bruder des Hingerichteten Tag und Nacht rastlos im Gebirge umher und entflammte die Herzen der Bergleute zur Raube. Und nun war er nach Salzburg gekommen, um in die ganze Stadt Aufruhr zu werfen.

Ein Chronist erzählt, Stöckl von Bramberg sei in den Gassen von Salzburg „wie ein unrichtiger Mensch“ umhergelaufen. Sicherlich. Die richtigen Menschen von 1525 erhoben sich damals zu Salzburg munter und ruhig von ihrem Bette, guckten zur Sonne auf, freuten sich des schönen Pfingstweilers und machten die ergötlichen Pläne, wie sie diesen Feiertag recht vernünftig verbringen möchten: sich hüßlich sauber waschen, seine neue Kluft in der Kirche getarnt, lässig zehen, mit der Liebsten ins Grün stolzieren, jezt aber noch ein wenig in den Federn bleiben. . . . Da schlug Stöckls Faust ons Gemühter.

„Dies Haus ist mein!“ Oho! Wohnt da nicht der hochwürdige Herr Domprobst? Und wieder ein Kaufschling: „Dies Haus ist mein!“ Wie? Das Haus des ehrgeachteten Herrn Konfessoriat? Und weiter so Haus an Haus. Alle Häuser, alle Herzen, ganz Salzburg erklärte dieser Stöckl von Bramberg, dessen Vorname man nicht einmal kennt, für sein. Die Sache seines Bruders erhob er zur Sache der ganzen Welt. Wirklich: ein unrichtiger Mensch. — Aber mit ihm begann der Salzburger Bauernkrieg. Und durch alle Ewigkeiten ergeht es so: Daß alles Große, alles Kühne, alles Zeitaufwühlende und alles Befreiende mit dem Auf-

Die Veröffentlichungen des Reichsarchivs. Von der allernützigen Darstellung des Weltkrieges, deren Herausgabe, eine Behandlung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Geschichte des Krieges 1914/18 sowie der Kulturwesen und sozialen Entwicklung während dieser Zeit in Deutschland, auf 10 Bände berechnet ist, soll der erste Band schon im Herbst erscheinen. Das Reichsarchiv bereitet außerdem die Herausgabe einer zweimonatlichen sowie einer wochenweise erscheinenden Zeitschrift vor. Die Zeitschrift „Zeitgeschichtliches Archiv“ beiteilt, wird vom 1. Januar ab bei Mittler unter Leitung von Prof. Dr. Paul Herze erscheinen.

Die Volksbühne, Theater am Bülowplatz, (Direktion Friedrich Raupler), wird die neue Spielzeit am 1. September mit Carl Hauptmanns „Die lange Jule“ eröffnen. Für den weiteren Spielplan des Winters sind vorgezehen: als 1. Erstaufführung Ernst Toller's soziale Bühnendichtung „Rasse Mensch“ unter der Regie Jürgen Hofflings; als weitere Ur- und Erstaufführungen: Ernst Barlach, „Der tote Tag“, Rabinbrantath Tagore, „Sanga“, „Malkin“ u. a.; als Klassiker-Aufführungen: Shakespeare „König Lear“ mit Friedrich Raupler in der Titelrolle, „Komedie und Jaska“. Ferner werden Lenz mit seinem „Hofmeister“, Goethe, Clemens Brentano und Heiberg mit je einem Werke zur Darstellung kommen.

## Tages-Notizen

„Volsch und Vermitter“, das Repertorium des Deutschen Theaters, wird am 1. September im Deutschen Theater, von Wilhelm, den 24. August, ab, in der kommenden Woche allabendlich in den Kammertheatern zur Aufführung kommen. — Die nächsten Besessenen der Winterzeit ist die Aufführung „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater.

„Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater.

„Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater.

„Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater. — „Schnee und Feind“, den 16. September, im Deutschen Theater.

# Brotverteuerung und Lohnbewegung

## Die Streitwelle - Konflikt im Bergbau

Eine Streitwelle erhebt sich und geht durch das Land. Sie ist die Folge der alle Erwartungen und Voraussetzungen übertreffenden Brotverteuerung. Täglich gehen Nachrichten über Teilerhöhungen in allen Landesteilen ein, und es ist nicht zu erwarten, daß lokale Beruhigung eintreten wird. Nachdem die zentralen Verhandlungen in den von leichtgläubigen Missionären immer noch über alles gelobten Arbeitsgemeinschaften mit einem völlig negativen Ergebnis geendet haben, müssen die Konflikte lokal zum Austrag kommen. Niemand wird uns wohl einreden wollen, daß die platonischen Erklärungen dieser leibhaftigen Körperschaften und das Abschließen der großen Frage an die unteren Glieder der Arbeitsgemeinschaftsorganisationen an die Tarifgemeinschaften einen Erfolg der Idee der Arbeitsgemeinschaft bedeuten. In den hiesigen Verhandlungen der Zweimäßigkeitsgruppen immer noch an den Arbeitsgemeinschaften beteiligten Unternehmer vor dem Begehren der Arbeiterhörschaft und in der billigen Phrase, die Regelung im einzelnen, auf die es doch nur ankommt, müsse zwischen den Verbänden direkt erfolgen, liegt für jeden, der sehen will, viel mehr die Aufforderung an das Unternehmertum zum Widerstand gegen die Arbeiterforderungen. Die Herren haben den Wind verstanden und sträuben sich überall auf das Heftigste gegen die maßvollsten Ansprüche der Arbeiter. So sind jetzt die Arbeiter der Ronzheimer Mühle in den Streik getreten, obwohl ihnen durch einen Schiedsspruch eine Lohnzulage von 1,25 Mk. pro Stunde für jeden Arbeiter und von 0,75 Mk. für jede Arbeiterin zugesprochen worden war. In Oldenburg ist es nach ergebnislosen Verhandlungen zwischen den hiesigen Arbeitern und der Stadt zu einem Streikbeschluß der Arbeiter und zur Mobilisierung der Technischen Rothilfe gekommen.

Der Mannheimer Fall zeigt, wie nebenbei bemerkt sein mag, daß auch wohlwollende Entscheidungen geschickter Schlichtungsversuche der anstehenden Bewegung keinen Damm entgegenzusetzen vermögen. Eine so ungeheure Bewegung, wie sie gegenwärtig besteht, ist durch Schiedssprüche nicht zu bändigen. Wer nicht darüber täuscht, daß diese große und allgemeine Lohnbewegung nicht die letzte ist, die wir erleben dürften. Und an dieser Ermögung zeigt sich wieder einmal, wie völlig unsinnig der Versuch ist, der Entscheidungsfreiheit der Arbeiter und ihrer Organisationsstellen entgegen zu wirken durch jene Schlichtungsordnung, und wie verfehlt man sein muß, wenn man als Arbeitervertreter einem solchen Versuch zustimmt.

Bei allem aber scheint schwere Erschütterungen im Kohlenbergbau bevorzustehen. Am Freitag fanden zwischen den Arbeiterorganisationen und Unternehmern des Bergbaues in der Reichsarbeitsgemeinschaft in Berlin Verhandlungen über die Lohnfrage statt. Auch hier verlagte die Arbeitsgemeinschaft mißsam die zugrunde liegenden Ideen, deren Vorhandensein wir immer noch zugunsten ihrer Freunde annehmen wollen. Die Vertreter der Bergarbeiter verlangten eine angemessene Lohnsteigerung von mindestens 12 Mark durchschnittlich für den Mann und die Schicht als Ausgleich für die eingetretene Teuerung. Die Unternehmer des Bergbaues teilten nach längerem Zögern den Arbeitervertretern mit, daß sie sowohl zentrale Verhandlungen als auch die geforderte Lohnhöhe ablehnen müßten. Eine zentrale Konferenz der Arbeitervertreter, an der alle Organisationsgruppen beteiligt waren, nahm am 20. August in Berlin zu dem ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes Stellung und beschloß folgendes:

Die am 20. August 1921 versammelten Vertreter der für den Bergbau in Frage kommenden Arbeiterorganisationen nehmen Kenntnis von der Erklärung der Arbeitgeber aus der

Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft vom 19. August 1921. Diese lautet:

1. Die Werkbesitzer lehnen eine zentrale Regelung der Lohnfrage ab.
2. In Verhandlungen in den Bezirken sind sie nur nach erfolgter Kündigung der tariflichen Vereinbarungen bereit.
3. Sie stellen die Notwendigkeit eines Lohnausgleichs für alle Bezirke in Frage.
4. Die Werkbesitzer erkennen an, daß Ansprüche der Teuerung vorhanden sind.

Hierzu erklären die Arbeitnehmervertreter:

1. Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise betrifft alle Bezirke fast gleichmäßig. Aus diesem Grunde müssen sie an der zentralen Regelung festhalten.

2. Die plötzlich eingetretene Teuerung bedingt eine möglichst schnelle Regelung des Lohnausgleichs. Die Regelung nach erfolgter Kündigung der Tarife würde eine wesentliche Verzögerung nach sich ziehen und eine Verunsicherung unseres Wirtschaftslebens bedeuten.

3. Die Arbeitnehmervertreter halten einen Lohnausgleich für alle Bezirke notwendig.

Im Anschluß an diese Konferenz wurde den Arbeitgebern, und zwar dem Reichsverband der Deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau, die Stellungnahme der Arbeiterorganisationen durch folgendes Schreiben übermittelt:

In der Sitzung vom 19. August 1921 der Reichsarbeitsgemeinschaft Bergbau bei den Verhandlungen über die Lohnfrage haben die Arbeitgeber am Schluß derselben die Erklärung abgegeben, daß sie zentrale Verhandlungen ablehnen und erst nach Kündigung der tariflichen Vereinbarungen bereit seien, in eventuelle Lohnverhandlungen einzutreten.

Nach reiflicher Durchberatung in einer größeren Konferenz sämtlicher Arbeiterorganisationen haben diese darauf folgendes zu antworten:

1. Die Arbeiterorganisationen können von den zentralen Verhandlungen nicht ablassen, in denen eine grundsätzliche Verständigung über eine angemessene Lohnsteigerung für sämtliche Bergbezirke erzielt wird.

2. Die Lohnsteigerung um durchschnittlich 12 Mk. je Schicht ab 1. August d. J. muß als dringlich bezeichnet werden.

3. Zur Erledigung der beiden vorstehenden Forderungen hat die Konferenz eine Frist bis zum 1. September d. J. offengelassen.

Aus vorstehendem ergibt sich eindeutig der Ernst der jetzigen Sachlage. Wir möchten dann auch nicht verfehlen, auf die Entschiedenheit des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 19. August d. J. hinzuweisen und hoffen, damit eine Nachprüfung der Arbeitgeberstellungnahme herbeizuführen.

Unterzeichnet ist dieses Schreiben von den Vertretern der vier Bergarbeiterorganisationen.

Die Arbeiterhörschaft will sich also bis zum 1. September gebüden. Die Regierung wird sich über den Ernst der Situation, auf den auch die Arbeiterverbände in ihrem Schreiben aufmerksam machen, wohl im Klaren sein. Bieleicht steht sie jetzt ein, was sie vorhin nicht tat, als sie unsere an den Reichstag gerichtete Forderung nach einem zwangsmäßigen Lohnausgleich durch Gesetzesbestimmung nicht unterläßt hat. Bieleicht benutzt sie die Zeit bis zum 1. September, um die Initiativen zu einer Verständigung im Bergbau auf einer für die Arbeiter annehmbaren Grundlage zu ergreifen. Das geht allerdings nicht ohne ein energisches Zusetzen und ohne gründliche Rücksichtlosigkeit gegenüber dem Unternehmertum, womit die Regierung jetzt ein Beispiel für alle übrigen Berufsgruppen zu geben hat. Auch die heute beginnenden Verhandlungen mit den Arbeitern und Beamten der Reichs- und Staatsbetriebe müssen ein solches Beispiel geben.

# Groß-Berlin

## Laurentienbäckische auf Kosten der Steuerzahler verschickt!

### Eine Wahlmache der „Morgenpost“!

Das Jugendamt hat in diesem Jahre 75 000 Schulkinder in Einzelheften auf das Land oder in Heime verschickt. Die Unterbringung unserer blutarmen, unterernährten Kinder auf dem Lande, an der See oder im Gebirge ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Gesundung unserer Jugend.

Ausgewählt werden die Kinder durch die Bezirksfürsorge und die Schulen. Jedes Kind muß ein ärztliches Urteil beibringen. Schulärzte, Krankenhausärzte sowie Privatärzte stellen diese aus.

Wenn die Eltern dazu in der Lage sind, tragen sie einen Teil der Kosten.

Prinzip ist, daß kein Kind wegen Geldmangel zurückbleibt. Aber weniger an Zahl, dafür aber die Bestärktesten in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Schenkungsmittel machten es dem Jugendamt möglich, Kleidung und Schuhwerk, wenn nötig, zu beschaffen. Auch Bettwäsche, die jetzt von den Heimen sehr häufig gefordert wird, konnte in ausreichender Weise vom Jugendamt beschafft und an die ärmsten Kinder geteilt werden.

75 000 Großstadtkinder öffneten sich die Tore Berlins. Wer nur immer der Abfahrt eines oft nach Hunderten zählenden Sonderzuges bewohnte, dem ging das Herz auf, ob der Freunde der Kleinen. Es wurde ihm aber auch schwer, wenn er die Kinder sah, wahre Glendstümpfe verliefen Berlin.

Daß bei der gewaltsamen Arbeit hier und da ein Fehler unterlaufen kann, ist möglich. Was ereignet nun den Bohn der „Morgenpost“? Nach Goldzum wurden 19 Kinder, davon 7 über 14 Jahre, in Begleitung einer Schwester einem Kapitänschiff anvertraut. Die jungen Mädel, Schütterinnen höherer Schulen, Töchter des Berliner Mittelstandes, gingen mit der Schwester zum Tona. Dieser wird sich dann sicher in üblicher moderner Form entwickelt haben.

Als das Jugendamt davon erfuhr, wurde eingeschritten. Was sollte wohl das sozialistisch geleitete Jugendamt anderes tun?

Die tangenden Mädel reihen den Kreisen der „Morgenpost“ sehr nahe, und kann sie auf Wunsch die Namen einsehen. Bieleicht hält sie dann den resp. Eltern eine Vorlesung über die Erziehung der Bürgerstücker!

Dieser Fall zeigt wieder, wie unverantwortlich die bürgerlichen Zeilenkinder die öffentliche Meinung vergiften. Protektionskinder werden, soweit sie der sozialistischen Zeitung bekannt werden, ausgeschlossen. Tatsache ist aber, daß der alte Beamtenapparat sich schwer auf Sachlichkeit einstellt.

Wir haben zu tun, um mit der Protektionswirtschaft aus der Zeit des Obrigkeitstages aufzuräumen. Welche Helfer gibt es unter den Beamten nur wenige. Aber es gibt viele, die sich freuen, wenn für ihre Sünden die sozialistische Zeitung atommäßig die Verantwortung trägt und von Schmutz mit Schmutz beudelt wird!

Die „Morgenpost“ sollte wissen, daß z. B. die Auslandsvermittlung durch die Wirtschaft der bürgerlichen Kreise den deutschen Kindern zum großen Teil verdorben wurde.

Bedürftige, und wir ziehen den Kreis dieser Kinder nicht so eng, daß wir darunter nur Proletarierkinder verstehen, kamen letzten Endes überhaupt nicht mehr ins Ausland.

Die Transporte, für die die Allgemeinheit zahlte, setzten sich nur noch aus sogenannten Anstaltskinder zusammen. Es waren das Kinder aus gutsituierten Bürger- und hohen Beamtenkreisen, deren Väter durch Protektion in ausländische Familien famer und so angefordert oder eingeladen wurden. Die ersten Kreise des Auslandes waren empört über den Mißbrauch, der hier mit der Gastfreundschaft getrieben wurde. Das Interesse erlosch. Unsere Kinder haben das nachsehen.

Wahlmache und Kerger über die Schranken, die gegen diese Mißwirtschaft aufgerichtet werden, spricht aus den Schmähartikeln der bürgerlichen Presse.

## An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postabonnenten zu vermeiden, machen wir darauf aufmerksam, daß das Abonnement für den Monat September zum 1. August bis zum 25. August bei der zuständigen Postanstalt bestellt werden muß. Die „Freiheit“, Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, kostet pro Monat 10 M. bei freier Zustellung ins Haus. Der Verlag.

## Ein Raubmordversuch

In der Nacht zum 18. Juli ging der 33 Jahre alte aus Danzig gebürtige Schlosser Paul Bratopp um 1 1/2 Uhr auf dem Heimweg über die Oberbaumbrücke. Dort fielen plötzlich zwei Männer über ihn her und schlugen so lange auf ihn ein, bis er zusammenbrach und schwerverletzt liegen blieb. Sie raubten ihm dann seine Uhr und Kette und seine Brieftasche mit 1500 Mark Inhalt, packten ihn und warfen ihn über das Geländer der Brücke in die Spree. Ohne sich um sein Schicksal weiter zu kümmern, ließen die Räuber mit der Beute davon. Der Verfallene konnte sich glücklicherweise an eine Schutzboje des Brückenpfeilers anklammern. Auf seine Hilferufe kamen Beamte der Schutzpolizei hinzu und retteten ihn mit einem Kahn. Bratopp verlor unterdessen die Besinnung und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Am Kopf und in der Wangengegend wurden schwere Verletzungen, die von Schlägen herrührten, festgestellt. Durch ärztliche Eingriffe gelang es aber schließlich, dem Überfallenen die Sprache wiederzugeben. Erst jetzt, nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus, begab er sich zur Polizei und machte Anzeige von dem Verbrechen. In der geräuberten Brieftasche befanden sich außer dem Gelde die Ausweispatente des Überfallenen, ein Entlassungsschein vom Train-Bataillon 3, der ihm als Tragfähiger ausgestellt wurde, und ein Schlosser-Gesellenbrief vom Oktober 1915, den der Innungsoberrmeister in Danzig unterschrieben hat.

Ein neues Kapitalverbrechen lief in der vergangenen Nacht die Kriminalpolizei nach dem Hause Langestr. 88, in der Nähe des Schließlichen Bahnhofes. Dort hörten Arbeiter der zwölften Nachschicht in der Wohnung des 56 Jahre alten Arbeiters Karl Großmann im vierten Stock des Quergebäudes Lärm. Schreien und Wimmern von einer weiblichen Stimme veranlaßten sie, die Polizei zu benachrichtigen. Diese verhoffte sich mit Gewalt Eingang und fand in der Behausung eine Frauensperson gefesselt und tot daliegen. Sofort wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt und die neue Nordkommission. Die Kriminalkommissare Dr. Vausch und Dr. Nichte mit ihren Beamten wurden mit der Aufklärung des Verbrechens beauftragt. Die Tote wurde festgestellt als eine 34 Jahre alte Schneiderin Emma Borecki aus der Poppelallee 77. Nach dem Ergebnis der ersten Besichtigung ist sie erschossen worden. Großmann wurde verhaftet. Im ersten Verhör behauptete er die Borecki sei ihm 200 M. Anstaltsgeld schenken. Wegen der Minderjährigkeit sei es in der Nacht zum Selbst gekommen. Hierbei habe er in der Furchung und mit einem Revolver. Die weiteren Ermittlungen werden wohl bald ergeben, ob und wie weit diese Darstellung zutrifft.

Aum Pörschenfall am Bahnhofs Friedrichstraße teilt des Volkswort mit:

Nach dem vorläufigen amtlichen Bericht des hiesigen Polizeiwachmeisters hat sich der von einigen Wägern gemeldete

# Gemeindevertreterkonferenz der U. S. P. Berlin-Brandenburg

Am gestrigen Sonntag fand im Berliner Rathaus die erste Konferenz aller U. S. P.-Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordneten und sonst in der Gemeinde tätigen Genossen in der Provinz Brandenburg statt.

Genosse Krille eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis auf die Bedeutung derselben. Er betonte, daß diese erste Konferenz ein Auftakt sei zu weiteren Zusammenkünften dieser Art und hofft, daß die geleistete Arbeit eine möglichst fruchtbringende sei.

Als erstes Redner ergriß unser Genosse Stadtrat Radtke-Neubau, das Wort zu seinem Referat

## Finanz- und Steuerfragen an die Gemeinden

Einstehend behandelte er das Wesen der Gemeindepolitik überhaupt. Ziel ist auf dem Gebiete der Gemeindepolitik vor allem das Wohl der Bevölkerung. Das hat seine natürlichen Ursachen. Wenn wir uns einmal die vergangenen Jahre kurz vergegenwärtigen, zeigt sich das ganz klar. In der Zeit vor dem Kriege war die arbeitende Bevölkerung von der positiven Gemeindegemeinschaft ausgeschlossen. Die Dreiklassenparlamentarische erledigten ausschließlich die Arbeit der besitzenden Klasse und drängten dadurch den pauperisierten Bevölkerung und seiner Vertreter in eine Opposition.

Der Umsturz brachte uns in vielen Gemeinden die verantwörtliche Führung und verleihte uns damit in eine äußerst schwierige Situation. Die bürgerlichen Rinderheiten ließen sich nun an und gaben für alle Fehler und Schwierigkeiten den neuen sozialistischen Regime die Schuld. Demgegenüber muß immer wieder festgestellt werden, daß die sozialistischen Gemeindegemeinschaften das Erbe der bürgerlichen Vorgänger übernommen haben, welche die öffentliche Schuld an jenen Zuständen tragen.

Die größte Schwierigkeit, mit denen vor allem die großen und mittleren, aber auch die Landgemeinden zu kämpfen haben, ist die Finanzkatastrophe. Die Summen, die in den Gemeinden verlangt werden, sind ungeheuer. In der vergangenen Zeit haben die Gemeinden Gelegenheit, direkte Steuern auszuschießen, die ja auch den Hauptbestandteil der kommunalen Einnahmequellen bildeten. So wurden hier durch die kommunalen Zuschläge an den Staatsteuern vor dem Kriege etwa zwei Drittel, während des Krieges noch mehr, der Gesamtsummen aufgebracht.

Nachdem wir aber, daß der Gemeinde durch die neuen Steuerwerke diese Einnahmen unendlich gemacht werden und die Kommunen in der Erfassung der Steuern mehr beschränkt worden sind als vorher.

Wie können wir das Problem lösen? Dürfen wir Sozialdemokratie treiben? Das ist eine der Fragen, die am meisten erörtert werden. Wir sollten Ansehen nur insoweit aufweisen, als sie zu den notwendigen Zwecken dienen.

Die Sozialdemokratie kann und muß mehr geleistet werden als bisher. Es können nur überaus Privatuntern gemacht werden. Besonders in Bezug auf den großen Verwaltungsapparat und die vielen kurzfristigen Maßnahmen. Wenn wir hier das Beste leisten haben, zu sparen, dann müssen wir uns auf der anderen Seite halten, um die Pörschenleistungen Privatuntern zu machen. An der Gesundheit der Bevölkerung an den Schulen und den anderen Einrichtungen der Wohlfahrt darf es keine soziale Sozialdemokratie geben.

Wir müssen andere Wege geben, um den Kommunen neue Einnahmequellen zu erschließen. Unsere bürgerlichen Gegner

haben es einfach. Sie fordern die Erhebung indirekter Steuern, die natürlich die unteren Schichten der Bevölkerung am härtesten treffen. Demgegenüber müssen wir hier außerordentlich vorsichtig sein und die Wirkung jeder ihrer Maßnahmen genau untersuchen.

Wenn wir uns die Einnahmequellen betrachten, die uns zur Verfügung stehen, dann würden die Realsteuern eine eingehende Beachtung verdienen.

Bei der Grundsteuer lassen sich bedeutende Summen in den Stadtkästen führen. Besonders erklärlich ist das, weil die Interessenten sich bisher selbst eingeschätzt haben. Der Steuerfuß für unbebaute Grundstücke wird höher sein müssen als der für bebauten. (In Berlin beträgt der Satz für unbebaute Grundstücke beispielsweise 8, für bebauten 5 pro Mil.) Auch die Grunderwerbsteuer kann erhöht werden.

Von den Realsteuern wird ferner noch die Zuwachssteuer in Betracht gezogen werden müssen, die auch eine bedeutende Einnahmequelle der Gemeinde werden kann.

Eine weitere Steuer ist die Gewerbesteuer. Man wird sie am zweckmäßigsten nach dem Ertrag der letzten Jahre und der Größe des Betriebs- oder Anlagekapitals berechnen. Eine Abstrufung wird hier zweckmäßig sein. Auch diese Steuer ist eine der Haupteinnahmequellen der Gemeinden. Wir können sie um so eher zur Anwendung bringen, weil sie den Unternehmerrgewinn trifft. Ferner werden wir auch die Betriebs- und die Umsatzsteuer heranziehen.

Bei allen diesen Erwägungen müssen wir aber fragen: Werden diese Steuern nicht schließlich von den Besitzenden auf die arbeitende und besitzlose Klasse abgewälzt werden?

Nun stehen uns noch eine Reihe von Steuern zur Verfügung, die nach bürgerlichen Verhältnissen zu betrachten sind. In erster Linie haben wir da die Luxussteuer, die in den großen Städten zu einer Hauptsteuereinnahmequelle geworden ist. Von ihr müssen vor allem die Vermögensgruppen der besitzenden Klasse getroffen werden. Bars, Dielen usw. können und müssen stark herangezogen werden. Auch eine starke Belastung der Kinos wird notwendig sein. Besonders, wenn man bedenkt, welchen schädlichen Einfluß diese Unternehmungen ausüben.

Für jede Gemeinde dürfte die Wohnungszusatzsteuer eine gute Einnahme bedeuten. Hier kann sehr zugriffsen werden, um so mehr, als daraus zwei Erfolge erzielt werden.

Aus der Reihe der übrigen Steuern seien noch die Luxussteuer erwähnt, die überall angewendet werden können: Bier-, Wagen-, Hundesteuer usw. Auch eine Reklamesteuer ist für die großen Gemeinden in Anwendung zu bringen.

Wenn man die Landgemeinden betrachtet, dann werden für diese besonders die Grund- und Umsatzsteuer in Frage kommen. Vorbedingung ist hierfür, daß die Landwirte verpflichtet werden, ordnungsgemäße Buchführung zu betreiben.

Die Auswahl der Steuern muß natürlich von bürgerlichen Verhältnissen bestimmt werden.

Gen. Radtke beandete seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die von ihm gemachten Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen und trotz der Schwierigkeit in den Gemeinden gute Erfolge zeitigen möchten. Die von ihm eingebrachte Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme.

(Fortsetzung des Berichts mit der Resolution des Genossen Radtke, dem Referat des Genossen Leib und der Diskussion in der Dienstagfrühaußgabe.)

Zwischenfall mit französischen Soldaten am Bahnhof Friedrichstraße folgendermaßen zugetragen:

Am 20. August, nachmittags 8 Uhr 20 Minuten, kam ein französisches Transportauto mit fünf französischen Soldaten und einem Dolmetscher von der Interalliierten Kommission Memel und Mainz am Bahnhof vorgefahren. Mehrere der Franzosen waren anscheinend angetrunken. Das Auto hielt an der Nordseite des Bahnhofes Friedrichstraße, um dort Gepäck abzuladen, wobei die Soldaten großen Lärm machten. Es entstand ein Menschenauflauf von etwa 100 Personen. Nach Aufforderung des Polizeiwachmeisters Gutzeit, etwas ruhiger zu sein, trat der französische Soldat Edward Koefler heran, sprach mehrere Worte französisch, die der Wachmeister aber nicht verstand, und ließ den Wachmeister vor den Leib. Gleichzeitig lachte er in die Tasche. Da der Wachmeister vermutete, daß der Soldat eine Waffe gegen ihn anwenden wollte, sah er sich veranlaßt, um einen Angriff abzuwehren, den Soldaten ans Handgelenk zu fassen und erreichte dadurch, daß dieser sich beruhigte. Der französische Soldat wurde zur Feststellung seiner Personalien auf die Bahnhofsache gebracht und sodann entlassen.

Zum Schulstreik in Spandau. Von den 739 vom Religionsunterricht befreiten Kindern beteiligten sich am 16. August 563 Kinder und am 17. August 620 an der Aktion. Dazu kommen noch die Kinder, welche sich in Ferienkolonien befinden (Mekwig, Wandorf usw.), so daß fast ausnahmslos alle vom Religionsunterricht befreiten an der Aktion beteiligt sind. Das Ziel der Aktion ist nicht Störung des Schulbetriebes, sondern vielmehr die Bereinstellung von Räumen für die am 16. August gegründeten freien Schulen. Zu bemerken wäre noch, daß diese Zahlen nur für Spandau festgesetzt sind. Am 19. August erhielten die Kinder spielende Beschäftigung in dazu gemieteten Lokalen. Viele Eltern melden weitere Kinder für die „Freie Schule“ an.

Treptow, 15. Verwaltungsbezirk. Am Mittwoch fand im Treptower Rathaus die erste Sitzung der „einsteiligen“ Bezirksversammlung statt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Die Frage der Bildung des Bezirkschulsausschusses stand wieder einmal auf der Tagesordnung, ohne zum Abschluß zu gelangen. Die Resolution pendelt in dieser Frage hin und her, ohne zu wissen, was sie eigentlich will. In einem Ausblick soll die nötige Klarheit geschaffen werden. Bei der 550 000-Mark-Forderung für Wohnungsbau in Adlershof wurde von unserer Fraktion die bürgerliche Mißwirtschaft früherer Jahre grell beleuchtet. Der bürgerliche Stadtrat Sandilus Dr. Sporleder mußte selbst erklären aus seiner Tätigkeit als Adlershofer Bürgermeister, daß hier einzig und allein den Zweckverband die Schuld trifft.

Cöpenick. Die gestern erwähnten Parteiführer Gustav Hoffmann, 40 Jahre Mitglied, Herrmann Schwabe, ebenfalls 40 Jahre Mitglied, Robert Rief, 30 Jahre Mitglied und Genosse Otto Wegener, 25 Jahre Parteimitglied, gehören unserem Ortsverein an. Es ist Pflicht aller jüngeren Mitglieder, diesen so außerordentlich treuen und opferwilligen Genossen nachzusehen. Die Genossen haben zu allen Zeiten in den vordersten Reihen gestanden.

Arbeiter-Turn- und Sportverein „Freiheit“ Lichtenberg (M. d. Sp. B.). Begeht am Sonnabend, den 27. August d. J. in Korns Park, Lützowstraße 45, sein 13. Gründungsfest. Anfang 8 Uhr Eintritt inklusive Tanz und Steuer 3,00 M. Turnerische Vorführungen aller Abteilungen und reichhaltiges Programm werden geboten. Alle Freunde und Gönner des Arbeiterturnens und -sports werden hierdurch freundlich eingeladen. Eintrittskarten sind zu haben auf den Turnhallen: Montag und Donnerstag abend von 8-10 Uhr Turnhalle Parkstraße; Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr Turnhalle Parkstr.; ferner bei den Turngenossen: Wilh. Lübke, D. 34, Borghagenstr. 16 III; Erich Strauß, D. 112, Simpsonstr. 24 und Max Heintzel, Lichtenberg, Wilhelmstr. 56 IV. Straßenbahnverbindung: 78, 78 und 82. Stadtbahn: Rieg-Rummelsburg und Stralau-Rummelsburg.

Personalausweise für Inländer. Personalausweise für Inländer zur Reise in das besetzte rheinische Gebiet werden von den Polizeirevierern des Wohnortes kostenfrei ausgestellt. 2. Zur Reise nach Danzig ist ein Paß mit Sichtvermerk und polnischem Bismarck für die Reise nach Memelland ein Paß mit Sichtvermerk und französischem Bismarck erforderlich. Diese Pässe für Ost-Berlin, Weichensee und Treptow werden im Polizeipräsidium, Alexanderplatz 20a, ausgestellt, in den Vororten von den zuständigen Polizeiamttern. Das Polizeipräsidium weist darauf hin, daß Mitteilungen aus dem Memelland, wonach nur ein Personalausweis ohne Sichtvermerk und Bismarck zur Einreise in das Memelland erforderlich ist, falsch sind.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Groß-Berlin), Bezirk 11, Spandau und Umgegend. Das erste Sängersfest des 11. Bezirks nach der Einteilung des Gaus Berlin in Bezirke findet am Sonntag, 28. August, in Karlsdorf am Bahnhof Jungfernheide statt. Um 2 Uhr Nachmittags von über 1000 Sängern und Sängerinnen der dem Bezirk angehörenden Vereinen von Moabit, Charlottenburg, Siemensstadt, Spandau, Staaken, Seefeld, Nauen, unter Mitwirkung von Radfahrern, Turnern und Schwimmern, nach dem großen, herrlich angelegten, über 30 000 Personen fassenden Festlokal Karlsdorf. Abmarsch vom Kleinen Tiergarten, Moabit.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag, Troden und übermäßig heiter, am Tage warm bei mäßigen östlichen Winden.

# Gewerkchaftliches

## Kampf gegen die Teuerung

Der Allgemeine freie Angestelltenbund (AFA-Bund) nahm zu dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vom 18. August d. J. Stellung, in dem auf die vorgehende allgemeine Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel und die Steuererlässe der Regierung hingewiesen wird. Nur eine Erhöhung des Arbeitseinkommens kann einen Ausgleich herbeiführen, nur eine vernünftige Steuerpolitik, die nicht in der ungeschickten Befastung des letzten Verbrauchers gipfelt, kann Milderung schaffen. Eine Veränderung der Wirtschaftspolitik im Sinne der Gemeinnützigkeit ist dringendste Notwendigkeit. Die gemeinsame Front aller Arbeitnehmer - Arbeiter, Angestellte und Beamte - ist zur Abwehr der drohenden Not erforderlich. In Erwägung dieser Umstände schließt sich der Vorstand des AFA-Bundes dem Aufruf des Bundesauschusses des ADGB, politisch-ökonomisch an und ersucht die angeschlossenen Verbände, in einheitlicher Front mit allen Arbeitnehmern gemeinsam Mittel und Wege zu suchen, die geeignet sind, der unerträglichen Herabdrückung der Lebenshaltung entgegenzuwirken.

## Die Gewerbegerichtswahlen

Vorläufiges Resultat der Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht:

Freie Gewerkschaften	118 346 Stimmen
Gewerkverein	5 567 "
Nationales Gewerkschaftsartikell	2 596 "
Zurückgezogene Liste der Bankbeamten	8 "
Ungültig	38 "

Wir kommen auf die Wahl ausführlich zurück.

## Streikende Holzarbeiter

Dienstag, den 23. August, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Versammlung für die Funktionäre der Betriebe. Jeder Betrieb hat 50 Beschäftigte entsenden einen Vertreter, darüber hinaus zwei. Für den Besuch der Versammlung sind Legitimationskarten herauszugeben, die auf dem Bureau, Zimmer 5, erhältlich sind. Die Kontrolle ist notwendig, damit jeder Betrieb die Möglichkeit hat, einen Vertreter zu entsenden. Die Vertreter der Betriebe haben ihren Belegkarten Bericht zu erstatten. Ohne Kontrollkarte wird Zutritt nicht gewährt.

### Die Streikleitung.

## Lohnregelung im Papier- und Pappengroßhandel

Eine äußerst hart besetzte Versammlung der im Papier- und Pappengroßhandel beschäftigten Transportarbeiter nahm am 17. August 1921 den Bericht der am 11. August 1921 stattgefundenen Verhandlung mit den Arbeitgebern entgegen und unterzog das Verhandlungsergebnis einer sehr scharfen Kritik. Die Versammlung waren aus Anwesenheit, als Beduhrin die Angehörigen, welche die Arbeitgeber zu machen bereit sind, beständig. In der Diskussion wurde von fast allen Rednern gefordert, daß erstens die Angehörigen als keineswegs der Zeit entsprechend abgelehnt werden, und zweitens, sofort dem Arbeitgeberverband und dem Verein Berliner Papierhändler ein Ultimatum überreicht werden solle, nach dessen Erfolglosigkeit sofort der Streik beginnen müßte. Eine hierauf vorgenommene Abstimmung ergab gegen wenige Stimmen die Ablehnung des Angebots und es bedurfte der ganzen Begeisterung des Sekretärs Wolter, die Versammlung zu überzeugen, daß im gegebenen Augenblicke aus rein tatsächlichen Gründen nicht zum letzten Mittel gegriffen werden dürfe, um die Kampftruppe der Gruppe nicht vorzeitig zu verbrauchen. Die erneut einsetzende Diskussion bewegte sich im Rahmen des vorgeschlagenen Weges und erkannte an, daß der von Wolter gezeigte Weg der richtige wäre. Eine dann nochmals vorgenommene Abstimmung sprach sich gegen eine harte Minderheit für die Annahme der Ergebnisse aus, beauftragte aber zugleich die Gruppenleitung in Hinsicht auf die bestehende Teuerung, deren Grenze noch nicht abzusehen sei, alles zu tun, um nach Ablauf der Abmachungen den Kampf dann mit aller Schärfe aufzunehmen. Nachfolgend die jetzigen Löhne, welche rückwärtig ab 15. Juli gezahlt werden müssen: Anfangslohn für Ledige über 20 Jahre 240.— M., nach 1-jähriger Tätigkeit 260.— M., nach 1-jähriger Tätigkeit 260.— M.; Verheiratet ohne Kinder 255.— M., nach 1-jähriger Tätigkeit 265.— M., nach 1-jähriger Tätigkeit 275.— M.; Verheiratet mit Kinder 265.— M., nach 1-jähriger Tätigkeit 275.— M., nach 1-jähriger Tätigkeit 285.— M.; Kinder erhalten 10.— M. mehr. Weibliche über 20 Jahre 180.— M., nach 1-jähriger Tätigkeit 185.— M., nach 1-jähriger Tätigkeit 170.— M., Jugendliche von 14-16 Jahren 80.— M., von 16-18 Jahren 115.— M., von 18-20 Jahren 175.— M.

## Wertmeister als Streikbrücher

Bei allen gewerkschaftlichen Streiks werden diejenigen welche sich zur Arbeitsleistung während der Dauer des Streiks bereithalten, mit den schärfsten Mitteln bekämpft. Mit Recht ergreift sich der Lohn der Arbeiter gegen diejenigen Streikbrücher auf jene Arbeitswilligen, welche durch ihr Verhalten den Kampf erschweren und in die Länge ziehen.

In dem seit einigen Wochen hartnäckig geführten Kampf in der Berliner Geschäftsbücherfabriken spielen sich die Verhältnisse durch die lange Dauer des Streikes naturgemäß immer mehr zu. Am Mittwoch, den 17. d. M., erschien in der „Freiheit“ sowie im „Vorwärts“ ein Bericht des Geschäftlichen Kartells, welcher unter anderem besagt: „Die traurigste Rolle spielen die Wertmeister der Firma Ushelm. Reiflos stellen dieselben Streikarbeit her.“

Der Deutsche Wertmeister-Verband hat daraufhin diese Behauptung nachgeprüft und festgestellt, daß nur zwei Mitglieder des Deutschen Wertmeister-Verbandes bei der Firma Ushelm beschäftigt sind, und daß es zu beweisen ist, daß tatsächlich Streikarbeit von diesen geleistet wird, bisher nicht erbracht wurde. Streikarbeit wird tatsächlich von einigen Arbeitern geleistet, und diese Arbeitsleistung von einigen Abteilungsleitern unterstützt. Diese sind jedoch zum Teil Mitglieder des Faktorenbundes oder u. a. organisiert.

Der Deutsche Wertmeister-Verband steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sich seine Mitglieder bei Streiks absolut neutral zu verhalten haben.

Verträge gegen diese selbstverständliche Regel werden, sofern diese beweiskräftig belegt werden, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln geahndet.

Deutscher Wertmeister-Verband, Geschäftsstelle des Bezirks I.

Schildermeister. Die Lohnbewegung der Berliner Schildermeister ist beendet. Die Sperre über die Firmen Mathes & Kahn, Neustadt, Schönfeldstr. 13, und Senf, W. Kamer Str. 47, wird aufgehoben. Vor dem Schlichtungsausschuß wurde mit dem Verein Berliner Schilderfabrikanten nachstehendes Bezugs abgeschlossen. Der Stundenlohn für die Schriftmalerei: Klasse 1 wird für die Zeit vom 1. August bis 30. September auf M. 7,80; für Klasse 2 auf M. 7,00 bis 1. August 1921 für Klasse 1 M. 8.—, für Klasse 2 M. 7,80. Die genannten Lohnsätze gelten auch für diejenigen Arbeitnehmer, die während der Dauer des Tarifs, d. h. bis zum 1. August 1921, mehr als die tarifmäßigen Sätze, jedoch weniger als die heute festgelegten Sätze erhalten haben. Im übrigen bleibt der Tarif vom 2. Dezember 1920, insbesondere die §§ 10 und 12 in Geltung.

Angestellte der chemischen Industrie! Montag, den 22. August 1920, abends 7 Uhr, findet in Haverlands 1. Etage (Großer Saal), Berlin C, Neue Friedrichstr. 35, eine AFA-Mitgliederversammlung der Angestellten der chemischen Industrie statt. Tagesordnung: 1. Die Kündigung der Gehaltsliste. 2. Was Wesen des Tarifstreikes. 3. Kaufmannsgerichtswahlen. Referenten: Kollegen Günther vom Butab, Reinsberg vom D. W. A. und Jungblut vom D. W. A. Kolleginnen und Kollegen! Erhalten vollständig! Mitgliedsbuch einer AFA-Organisation legitimiert. AFA-Bund, Ortsartikell Groß-Berlin.

## Parteiveranstaltungen!

Stahlrohrbetriebsratung Groß-Berlin. Die Stahlrohrbetriebsratung am 7. August, Donnerstag um 4 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

14. August, 4. Verwaltungsrat. Genossen, welche erbeten sind, sich am 14. August auf Geschäftsreise nach Berlin, um 10 Uhr in der Kaserne des Reichswehrministeriums zu treffen. Später nach Berlin zu fahren.

## Montag, 22. August.

11. August. Die Kandidaten für Stahl- und Eisenwarenindustrie wählen heute abend in der Generalversammlung, Friedrichstr. 44-46, auszuwählen.

## Dienstag, 23. August.

Waldenburger-Bezirk, 6. Bezirk. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Frau Lohsche Str. 6. Tagesordnung: Referat über die AFA-Stahlrohrbetriebsratung. Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung.

## Waldenburger-Bezirk, 6. Bezirk.

Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Café.

## Waldenburger-Bezirk, 6. Bezirk.

Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Frau Lohsche Str. 6. Tagesordnung: Referat über die AFA-Stahlrohrbetriebsratung. Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung.

## Dienstag, 23. August.

Arbeiter-Steinographen-Verein Holz-Straße. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung (Chemische Industrie) in Haverlands 1. Etage, Neue Friedrichstr. 35. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung (Metallindustrie) im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Friedrichstr. 44-46.

Generalversammlung, 15. Bezirk. Nachmittags 5 Uhr Sitzung der Kaufmannsgerichtswahl in der steingewerkschaftlich organisierten Betriebsratung in der Kaserne des Reichswehrministeriums, Friedrichstr. 27.

Verantw. für Politik u. Sozialen: Les Orléans, Berlin-Friedrichstr. 10. (Gemeinschaft), 5-10 Uhr und Schönerberg, Köpenicker-Str. 12, bei Herrn 15-10 Uhr. Empfangnahme der Mitglieder durch die Bezirksleiter für den 1. September beginnenden Anführer.

Gewerkschaftskommission, 15. Bezirk. Nachmittags 5 Uhr Sitzung der Kaufmannsgerichtswahl in der steingewerkschaftlich organisierten Betriebsratung in der Kaserne des Reichswehrministeriums, Friedrichstr. 27.

Verantw. für Politik u. Sozialen: Les Orléans, Berlin-Friedrichstr. 10. (Gemeinschaft), 5-10 Uhr und Schönerberg, Köpenicker-Str. 12, bei Herrn 15-10 Uhr. Empfangnahme der Mitglieder durch die Bezirksleiter für den 1. September beginnenden Anführer.

Gewerkschaftskommission, 15. Bezirk. Nachmittags 5 Uhr Sitzung der Kaufmannsgerichtswahl in der steingewerkschaftlich organisierten Betriebsratung in der Kaserne des Reichswehrministeriums, Friedrichstr. 27.

Verantw. für Politik u. Sozialen: Les Orléans, Berlin-Friedrichstr. 10. (Gemeinschaft), 5-10 Uhr und Schönerberg, Köpenicker-Str. 12, bei Herrn 15-10 Uhr. Empfangnahme der Mitglieder durch die Bezirksleiter für den 1. September beginnenden Anführer.

Gewerkschaftskommission, 15. Bezirk. Nachmittags 5 Uhr Sitzung der Kaufmannsgerichtswahl in der steingewerkschaftlich organisierten Betriebsratung in der Kaserne des Reichswehrministeriums, Friedrichstr. 27.

Verantw. für Politik u. Sozialen: Les Orléans, Berlin-Friedrichstr. 10. (Gemeinschaft), 5-10 Uhr und Schönerberg, Köpenicker-Str. 12, bei Herrn 15-10 Uhr. Empfangnahme der Mitglieder durch die Bezirksleiter für den 1. September beginnenden Anführer.

Gewerkschaftskommission, 15. Bezirk. Nachmittags 5 Uhr Sitzung der Kaufmannsgerichtswahl in der steingewerkschaftlich organisierten Betriebsratung in der Kaserne des Reichswehrministeriums, Friedrichstr. 27.

Verantw. für Politik u. Sozialen: Les Orléans, Berlin-Friedrichstr. 10. (Gemeinschaft), 5-10 Uhr und Schönerberg, Köpenicker-Str. 12, bei Herrn 15-10 Uhr. Empfangnahme der Mitglieder durch die Bezirksleiter für den 1. September beginnenden Anführer.

Gewerkschaftskommission, 15. Bezirk. Nachmittags 5 Uhr Sitzung der Kaufmannsgerichtswahl in der steingewerkschaftlich organisierten Betriebsratung in der Kaserne des Reichswehrministeriums, Friedrichstr. 27.

Verantw. für Politik u. Sozialen: Les Orléans, Berlin-Friedrichstr. 10. (Gemeinschaft), 5-10 Uhr und Schönerberg, Köpenicker-Str. 12, bei Herrn 15-10 Uhr. Empfangnahme der Mitglieder durch die Bezirksleiter für den 1. September beginnenden Anführer.

Gewerkschaftskommission, 15. Bezirk. Nachmittags 5 Uhr Sitzung der Kaufmannsgerichtswahl in der steingewerkschaftlich organisierten Betriebsratung in der Kaserne des Reichswehrministeriums, Friedrichstr. 27.

### Theater und Vergnügungen

**Volkstheater**  
8 Uhr: Der Opernbalken  
Direktion: Max Reinhardt

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Fatale u. Verurteilung  
Kammerpiele

**Großes Schauspielhaus**  
8 Uhr: Die Weber  
(4. Vorstellung, 6. Abend)

**Theater l. d. Königgräber Str.**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Noisef**  
Drama v. Herrn. Sudermann

**Berliner Theater:**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Milliarden**  
SOUPER

**Komödienhaus:**  
Abend 7.30 Uhr: Der blonde Engel

**Theater**  
am Kollenderplatz  
Ber Vetter aus Dingsda

7 1/2 Apollotheater 7 1/2  
Friedrichstraße 213  
Internat. Ringkampf-Programm  
mit Opium-Trümpfen  
Eine Herrschaftliche mit  
24 Damen  
Sowas 10 Vorstellungen

**Berliner Brater**  
Kastanien-Allee 703  
Internationales  
Ringkampf - Kollertanz  
Variété

Theat. a. Ketto, To  
Tel. Moritzplatz 16077  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
- 10 Herren -  
Vorv. 11-1 1/2 u. 4-6

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungshalle Berlin N. 54, Lintenstr. 83-85  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 2714.

Dienstag, den 23. August 1921, nachm. 4 1/2 Uhr  
**Branchen-Versammlung**  
der Graveure und Ziseure  
in Märkischen Hof, Amiralstraße 18c.

Tagesordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. a) Entwurf der Brandenburger-Liste.  
b) Entwurf der Brandenburger-Kommission.  
3. Stand unserer Bewegung. (Bericht von der Reichs-  
parlamentarischen.)  
4. Verschiedenes.  
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingte Pflicht!  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!  
Die Ortsverwaltung.

**Strumpf-**  
Repassiererrinnen  
sucht zum sofortigen Eintritt  
Erlaubt  
Beschäftigung von 3-4 Uhr  
Menschenkraft 1-4

**Strahlenhändler**  
Hr. Schubertschlager  
gesucht!  
Anfragen unter D. 88 an die  
Haupt-Expedition der „Freiheit“

**Zur Geld**  
für jede Werftische. Höchste An-  
kaufpreise für Münzschmelze,  
Silber, Gold, Silber, Gold,  
Tropfen, Silber u. a. Metall,  
Friedrichstr. 41, III. Eder Koch-  
straße.

für den Bezirk Südwestdeutschland (Eig. Frankfurt a. M.)  
und ein  
**Bezirkssekretär**  
gesucht  
Der solche Bewerber wollen sich melden, die über gründ-  
liche organisatorische und administrative Fähigkeiten ver-  
fügen. Offert mit Gehaltsansprüchen sind un. 11.8.21. d.  
bis 1. September an den Genossen Richard Otto,  
Frankfurt a. M., Adlergäßchen 11, parierte,  
zu richten.

**Zur Jugendweih**  
Einladungskarten  
Glückwunschkarten  
Geschenkwerke  
in bester Ausführung  
und in allen Preislagen

**Buchhandlung „Freiheit“**  
Berlin C 2  
Breite Str. 8/9

**Stoffe**  
für Herren-Knöpfe, Hüften,  
Paletots, Damen-Rokos,  
Meter 50., 100., 150., 200.— Werk.  
Die langjährige Verbindung mit altem  
Fabrikanten liefert für preiswerte, gute Qualität.

**Koch & Seeland**  
Begr. 1903, Gertraudenstr. 20-21, Bgr. 1903.

**Wanderkarten**  
für alle Gegenden erhält man in der  
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße

**Kleine Anzeigen**

**Verkäufe**  
Teppiche, wenig gebraucht,  
verkauf billig Stein, Ankerstr.  
Straße 20.

**Kaufgesuche**  
Schlacke, Leinwand,  
Artikel kauft jede  
Verbreiter, Stein, etc.  
(Kaufmanns-Ges.)

**Gold-Verkauf**  
Vertriebskapital,  
Berliner, Kassenbuch,  
Nichter, Juwelenwerk.

**Möbel**  
Chaiselongues 100.—, Schiffs-  
kommode 70.—, Kleiderkasten  
100.—, Rinderbrett, Tisch,  
Küchensch. 2a, Dusch.

**Wanderkarten**  
für alle Gegenden erhält man in der  
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße

**Verchieden**  
Chaiselongues 100.—, Schiffs-  
kommode 70.—, Kleiderkasten  
100.—, Rinderbrett, Tisch,  
Küchensch. 2a, Dusch.